



Statuten der Austrian Padel Union

§ 1: Name, Sitz und Tätigkeitsbereich

- (1) Der Verein/Verband führt den Namen "Austrian Padel Union" (nachfolgend APU genannt).
- (2) Er hat seinen Sitz in Wien und erstreckt seine Tätigkeit auf ganz Österreich.
- (3) Die Errichtung von Zweigvereinen ist nicht beabsichtigt.

§ 2: Zweck

- (1) Die APU ist ein überparteilicher, gemeinnütziger und nicht auf Gewinn ausgerichteter Verein und ist gemeinnützig im Sinne der §§ 34 f BAO. Die APU bezweckt die Verbreitung und Förderung des Padel sports in Österreich.
- (2) Die APU ist eine Interessensvertretung zur Unterstützung und zum Zusammenschluss von Padel Sportvereinen und Padel Sportstätten in Österreich in der Form eines Padelverbands.

§ 3: Mittel zur Erreichung des Vereinszwecks

- (1) Der Vereinszweck soll durch die in den Abs. 2 und 3 angeführten ideellen und materiellen Mittel erreicht werden.
- (2) Als ideelle Mittel dienen:
 - a) Pflege aller Arten des Padel sports für alle Altersstufen;
 - b) Abhaltung von Sportfesten und -reisen, Wettbewerben, Turnieren und Meisterschaften;
 - c) Veranstaltung von Versammlungen, Vorträgen, Kursen, Tagungen und Beschaffung geeigneter Bildungsmittel;
 - d) Erwerb, Errichtung, Ausgestaltung und Betrieb von Turn- und Sportstätten sowie Vereinslokalitäten;
 - e) Förderung des Schul- und Betriebssports;
 - f) Aus-, Fort- und Weiterbildung von Personen in sportlichen und administrativen Angelegenheiten des Padel sports;
 - g) Die Setzung von Maßnahmen der Interessenvertretung des Padel sports in Österreich und auf internationaler Ebene.
- (3) Die erforderlichen materiellen Mittel sollen aufgebracht werden durch:
 - a) Beitrittsgebühren, Mitgliedsbeiträge und Lizenzgebühren;
 - b) Allfällige Einnahmen von sportlichen und anderen Veranstaltungen;
 - c) Subventionen und Förderungen aus öffentlichen Mitteln;
 - d) Erwerb, Errichtung, Ausgestaltung, Betrieb von Turn- und Sportstätten sowie Vereinslokalitäten;
 - e) Führung einer Sportplatzkantine, deren allfälliger Gewinn wieder den Zwecken des Vereins zugeführt wird;
 - f) Einnahmen aus dem Betrieb an Sportstätten;



- g) Einnahmen aus Werbung, Vermarktungsrechten und Sponsoren;
- h) Spenden, Vermächtnisse.

§ 4: Arten der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitglieder der APU gliedern sich in ordentliche Mitglieder, außerordentliche Mitglieder und Ehrenmitglieder.
- (2) Ordentliche Mitglieder der APU sind die Padel-Landesverbände, sowie Vereine, deren Spieler am Turniergeschehen teilnehmen, die sich voll an der Vereinsarbeit beteiligen und den jährlichen Mitgliedsbeitrag bezahlen.
- (3) Außerordentliche Mitglieder der APU sind alle Padel Sportstätten und Personen, welche Mitglieder bei den Mitgliedsvereinen der APU sind, oder Spieler/innen die eine Spielerlizenz direkt bei der APU lösen.
- (4) Ehrenmitglieder sind natürliche oder juristische Personen, die hierzu wegen besonderer Verdienste um den Padel sport vom APU Vorstand ernannt werden.

§ 5: Erwerb der Mitgliedschaft

- (1) Ordentliche Mitglieder der APU können Padel-Landesverbände, sowie alle Vereine werden, die Padel für ihre Mitglieder anbieten.
- (2) Alle Gründungsmitglieder sind ordentliche Mitglieder der APU.
- (3) Über die Aufnahme der Padel-Landesverbände und ordentlichen Mitgliedsvereinen entscheidet der APU Vorstand. Die Aufnahme kann ohne Angabe von Gründen verweigert werden. Mit der Aufnahme als ordentliches Mitglied erklärt sich der Mitgliedsverein bzw. der Landesverband mit den Statuten der APU einverstanden und verpflichtet sich, der APU binnen 14 Tagen ab Aufnahme eine für Zustellungen wirksame Emailadresse und Kontaktperson bekannt zu geben.
- (4) Mitglieder von APU Mitgliedsvereinen sind automatisch außerordentliche Mitglieder. Spieler/innen die eine Spielerlizenz direkt bei der APU lösen, werden mit der Überweisung der Gebühr automatisch zu außerordentlichen Mitgliedern.
- (5) Über die Aufnahme von Padel Sportstätten als außerordentliche Mitglieder der APU entscheidet der APU Vorstand.
- (6) Die Ernennung zum Ehrenmitglied erfolgt durch Beschluss des Vorstands der APU.

§ 6: Beendigung der Mitgliedschaft

- (1) Die Mitgliedschaft erlischt bei Vereinen, den Landesverbänden oder bei außerordentlichen Mitgliedern durch freiwilligen Austritt oder durch Ausschluss.
- (2) Der Austritt kann nur zum 31.12. eines jeden Jahres erfolgen. Er muss dem Vorstand mindestens 2 Monate vorher (einlangend) schriftlich per Post oder per E-Mail mitgeteilt werden. Erfolgt die Anzeige verspätet, so ist sie erst zum nächsten Austrittstermin wirksam. Für die Rechtzeitigkeit ist das Datum der Postaufgabe oder des E-Mails maßgeblich.
- (3) Der Vorstand kann einen Landesverband oder Mitgliedsverein ausschließen, wenn dieser trotz zweimaliger schriftlicher Mahnung oder per E-Mail jeweils unter Setzung einer



angemessenen Nachfrist länger als drei Monate mit der Zahlung der Mitgliedsbeiträge im Rückstand ist. Die Verpflichtung zur Zahlung der fällig gewordenen Mitgliedsbeiträge bleibt hiervon unberührt.

- (4) Der Ausschluss eines Landesverbandes oder Mitgliedvereins aus der APU kann vom Vorstand auch wegen Verletzung anderer Mitgliedspflichten und wegen unehrenhaften Verhaltens verfügt werden.
- (5) Die Aberkennung der Ehrenmitgliedschaft kann aus den im Abs. 4 genannten Gründen von der Generalversammlung über Antrag des Vorstands beschlossen werden.

§ 7: Rechte und Pflichten der Mitglieder

- (1) Die Landesverbände, Mitgliedsvereine und die außerordentlichen Mitglieder sind berechtigt, an allen Veranstaltungen der APU teilzunehmen und die Einrichtungen der APU zu den jeweils vom Vorstand festgelegten Bedingungen zu benutzen.
- (2) Die ordentlichen und Ehrenmitglieder sind berechtigt, bei der Generalversammlung anwesend zu sein. Ein Stimmrecht in der Generalversammlung steht nur den Vertretern der ordentlichen Mitglieder zu
- (3) Mindestens 10% der ordentlichen Mitglieder kann schriftlich per Post oder E-Mail vom Vorstand die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung verlangen.
- (4) Die ordentlichen Mitglieder sind in jeder Generalversammlung vom Vorstand über die Tätigkeit und finanzielle Gebarung der APU zu informieren.
- (5) Die ordentlichen Mitglieder sind vom Vorstand über den geprüften Rechnungsabschluss (Rechnungslegung) zu informieren. Geschieht dies in der Generalversammlung, sind die Rechnungsprüfer einzubinden.
- (6) Die ordentlichen Mitglieder sind verpflichtet, die Interessen der APU nach Kräften zu fördern und alles zu unterlassen, wodurch das Ansehen und der Zweck der APU Schaden erleiden könnte. Sie haben die Statuten und die Beschlüsse der Vereinsorgane zu beachten. Die ordentlichen und außerordentlichen Mitglieder sind zur pünktlichen Zahlung der jährlichen Mitgliedsbeiträge und Spielerlizenzen in der vom Vorstand beschlossenen Höhe verpflichtet.

§ 8: Vereinsorgane

- (1) Organe der APU sind die Generalversammlung (§§ 9 und 10), der Vorstand (§§ 11 bis 13), die Rechnungsprüfer (§ 14) und das Schiedsgericht (§ 15).
- (2) Eine vom Vorstand zu beschließende Geschäftsordnung kann die Tätigkeit der einzelnen Organe sowie nicht näher in den Statuten erläuterte interne Funktionen und Zeichnungsberechtigungen regeln.

§ 9: Generalversammlung

- (1) Die Generalversammlung ist die "Mitgliederversammlung" im Sinne des Vereinsgesetzes 2002. Eine ordentliche Generalversammlung findet jährlich statt. Der Ort und Termin wird vom APU Vorstand festgelegt.



- (2) Eine außerordentliche Generalversammlung findet auf
- Beschluss des Vorstands oder der ordentlichen Generalversammlung;
 - schriftlichen Antrag von mindestens einem Zehntel der ordentlichen Mitglieder;
 - Verlangen der Rechnungsprüfer (§ 21 Abs. 5 erster Satz VereinsG);
 - Verlangen der/eines Rechnungsprüfer/s (§ 21 Abs. 5 zweiter Satz VereinsG, § 11 Abs. 2 dritter Satz dieser Statuten), oder
 - Beschluss eines gerichtlich bestellten Kurators

binnen vier Wochen statt. Der Ort und Termin wird vom APU Vorstand festgelegt.

- (3) Sowohl zu den ordentlichen als auch zu den außerordentlichen Generalversammlungen sind alle ordentlichen Mitglieder und Ehrenmitglieder mindestens 14 Tage vor dem Termin per E-Mail an die vom Mitglied bekanntgegebene E-Mail-Adresse einzuladen. Die Anberaumung der Generalversammlung hat unter Angabe der Tagesordnung zu erfolgen. Die Einberufung erfolgt durch den Vorstand.
- (4) Anträge zur Generalversammlung sind mindestens 7 Tage vor dem Termin der Generalversammlung beim Vorstand schriftlich per Post oder per E-Mail einzureichen.
- (5) Gültige Beschlüsse – ausgenommen solche über einen Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung – können nur zur Tagesordnung gefasst werden.
- (6) Bei der Generalversammlung sind alle ordentlichen Mitglieder und Ehrenmitglieder teilnahmeberechtigt. Stimmberechtigt sind nur die vertretungsbefugten Vertreter der ordentlichen Mitglieder. Jedes Gründungsmitglied, jeder Padel-Landesverband und jeder Mitgliedsverein haben eine Stimme.
Die Übertragung des Stimmrechts auf den Vertreter eines anderen Mitglieds im Wege einer schriftlichen Bevollmächtigung oder per E-Mail ist zulässig. Jedoch kann kein Vertreter mehr als zwei Mitglieder vertreten.
- (7) Die Generalversammlung ist ohne Rücksicht auf die Anzahl der Erschienenen beschlussfähig.
- (8) Die Wahlen und die Beschlussfassungen in der Generalversammlung erfolgen in der Regel mit einer einfachen Mehrheit von über 50% der abgegebenen gültigen Stimmen. Beschlüsse, mit denen das Statut des Vereins geändert oder der Verein aufgelöst werden soll, bedürfen einer qualifizierten Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen.
- (9) Den Vorsitz in der Generalversammlung führt der Präsident, bei dessen Verhinderung der an Jahren älteste anwesende Vizepräsident. Wenn auch dieser verhindert ist, so führt das an Jahren älteste anwesende Vorstandsmitglied den Vorsitz.
- (10) Über den Ablauf der Generalversammlung ist in gestraffter Form ein Protokoll über den notwendigen Inhalt zu führen. Dieses ist binnen eines Monats nach stattgefundener Generalversammlung schriftlich auszufertigen und an alle ordentlichen Mitglieder per E-Mail zuzustellen.

§ 10: Aufgaben der Generalversammlung

- (1) Der Generalversammlung sind folgende Aufgaben vorbehalten:
- Entgegennahme und Genehmigung des Rechenschaftsberichts und des Rechnungsabschlusses unter Einbindung der Rechnungsprüfer;



- b) Wahl und Enthebung der Mitglieder des Vorstands und der Rechnungsprüfer;
- c) Genehmigung von Rechtsgeschäften zwischen Rechnungsprüfern und Verein;
- d) Entlastung des Vorstands;
- e) Beschlussfassung über Statutenänderungen und die freiwillige Auflösung des Vereins;
- f) Beratung und Beschlussfassung über sonstige auf der Tagesordnung stehende Fragen;
- g) Aberkennung der Ehrenmitgliedschaft über Antrag des Vorstands.

§ 11: Vorstand

- (1) Der Vorstand besteht aus bis zu sechs Mitgliedern. Diese sind: der Präsident, mindestens ein Vizepräsident und maximal vier weitere Mitglieder darunter ein Schriftführer und ein Finanzreferent. Die Generalversammlung kann zusätzliche Mitglieder für eine bestimmte Funktionsperiode zur Wahl stellen.
- (2) Der Vorstand wird von der Generalversammlung gewählt. Der Vorstand hat bei Ausscheiden eines gewählten Mitglieds das Recht, an seine Stelle ein anderes wählbares Mitglied zu kooptieren, wozu die nachträgliche Genehmigung in der nächstfolgenden Generalversammlung einzuholen ist. Fällt der Vorstand ohne Selbstergänzung durch Kooptierung überhaupt oder auf unvorhersehbar lange Zeit aus, so ist jeder Rechnungsprüfer verpflichtet, unverzüglich eine außerordentliche Generalversammlung zum Zweck der Neuwahl eines Vorstands einzuberufen. Sollten auch die Rechnungsprüfer handlungsunfähig sein, hat jeder ordentliche Mitgliedsverein, welcher die Notsituation erkennt, unverzüglich die Bestellung eines Kurators beim zuständigen Gericht zu beantragen, der umgehend eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen hat.
- (3) Die Funktionsperiode des Vorstands beträgt vier Jahre. Eine Wiederwahl ist unbegrenzt möglich. Jede Funktion im Vorstand ist persönlich auszuüben.
- (4) Der Vorstand wird vom Präsidenten, bei Verhinderung von dem an Jahren ältesten Vizepräsidenten, schriftlich oder mündlich einberufen. Ist auch dieser auf unvorhersehbar lange Zeit verhindert, darf jedes sonstige Vorstandsmitglied den Vorstand einberufen.
- (5) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn alle seine Mitglieder eingeladen wurden und mindestens die Hälfte von ihnen anwesend ist.
- (6) Der Vorstand fasst seine Beschlüsse mit einfacher Stimmenmehrheit; bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag.
- (7) Den Vorsitz führt der Präsident bei dessen Verhinderung der an Jahren älteste Vizepräsident. Sind auch diese verhindert, obliegt der Vorsitz dem an Jahren ältesten anwesenden Vorstandsmitglied oder jenem Vorstandsmitglied, welches die übrigen Vorstandsmitglieder mehrheitlich dazu bestimmen.
- (8) Außer durch den Tod und Ablauf der Funktionsperiode (Abs. 3) erlischt die Funktion eines Vorstandsmitglieds durch Enthebung (Abs. 9) und Rücktritt (Abs. 10).
- (9) Die Generalversammlung kann aus wichtigem Grund den gesamten Vorstand oder einzelne seiner Mitglieder entheben. Die Enthebung tritt mit Bestellung des neuen Vorstands bzw. des neuen Vorstandmitglieds in Kraft.
- (10) Die Vorstandsmitglieder können jederzeit schriftlich ihren Rücktritt erklären. Die Rücktrittserklärung ist an den Vorstand, im Falle des Rücktritts des gesamten Vorstands



an die Generalversammlung zu richten. Der Rücktritt wird erst mit Wahl bzw. Kooptierung (Abs. 2) eines Nachfolgers wirksam und die Aufgaben sind bis zu diesem Zeitpunkt von dem/den Rücktretenden pflichtgemäß zu erfüllen.

§ 12: Aufgaben des Vorstands

- (1) Dem Vorstand obliegt die Leitung der APU. Er ist das "Leitungsorgan" im Sinne des Vereinsgesetzes 2002. Ihm kommen alle Aufgaben zu, die nicht durch die Statuten einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind. In seinen Wirkungsbereich fallen insbesondere folgende Angelegenheiten:
- a) Führung der Verbandsgeschäfte;
 - b) Entsendung von Vertretern in nationale und internationale Gremien und Institutionen sowie die Pflege von länderübergreifenden Beziehungen;
 - c) Verantwortung für die Veranstaltung von Österreichischen Meisterschaften, einer Bundesliga, Landeswettkämpfen und sonstigen Verbandswettkämpfen;
 - d) Einrichtung eines den Anforderungen der APU entsprechenden Rechnungswesens mit laufender Aufzeichnung der Einnahmen/Ausgaben und Führung eines Vermögensverzeichnisses als Mindestanforderung;
 - e) Erstellung des Jahresvoranschlags, des Rechenschaftsberichts und des Rechnungsabschlusses;
 - f) Vorbereitung und Einberufung der Generalversammlung in den Fällen des § 9 Abs. 1 und Abs. 2 dieser Statuten;
 - g) Information der Mitglieder über die Vereinstätigkeit, die Vereinsgebarung und den geprüften Rechnungsabschluss;
 - h) Verwaltung des Vereinsvermögens;
 - i) Aufnahme und Ausschluss von ordentlichen Mitgliedern;
 - j) Festsetzung der Mitgliedsbeiträge und sonstigen Gebühren;
 - k) Aufnahme und Kündigung von Angestellten des Vereins wie eines Generalsekretärs bzw. Abschluss von Vereinbarungen mit freiberuflichen und ehrenamtlichen Mitarbeitern.

§ 13: Besondere Obliegenheiten einzelner Vorstandsmitglieder

- (1) Als Leitungsorgan führt der Vorstand die Geschäfte gemeinsam als Kollegialorgan nach dem Vereinsrecht. Eine Aufteilung der Verantwortung auf einzelne Vorstandsmitglieder ist zulässig und möglich, erfordert aber eine klare Aufgabenzuordnung. Der Präsident oder ein Vizepräsident führt die laufenden Geschäfte des Verbands. Der Vorstand kann einen Generalsekretär für die Dauer der Funktionsperiode des Vorstandes bestellen und diesem die Führung der laufenden Geschäfte des Verbands übertragen.
- (2) Der Präsident vertritt den Verein nach außen. Schriftliche Ausfertigungen des Vereins bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Unterschriften des Präsidenten, bei seiner Verhinderung zumindest eines Vize-Präsidenten. Der Vorstand kann dieses Recht einem Generalsekretär übertragen.



- (3) Rechtsgeschäfte und Verträge bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Unterschrift des Präsidenten, bei dessen Verhinderung eines Vizepräsidenten und mindestens eines weiteren Vorstandsmitglieds.
- (4) Bei Gefahr im Verzug ist der Präsident berechtigt, auch in Angelegenheiten, die in den Wirkungsbereich der Generalversammlung oder des Vorstands fallen, unter eigener Verantwortung selbständig Anordnungen zu treffen; im Innenverhältnis bedürfen diese jedoch der nachträglichen Genehmigung durch das zuständige Vereinsorgan.
- (5) Der Präsident oder ein Vizepräsident führt den Vorsitz in der Generalversammlung und im Vorstand.
- (6) Ein zu bestimmendes Vorstandsmitglied führt die Protokolle der Generalversammlung und der Vorstandssitzungen.
- (7) Der Finanzreferent ist für die ordnungsgemäße Geldgebarung des Vereins verantwortlich.
- (8) Im Fall der Verhinderung tritt an die Stelle des Präsidenten der an Jahren älteste Vizepräsident.
- (9) Die genauen Aufgabengebiete allfällig zusätzlicher Vorstandsmitglieder, Referenten, Sektionsleiter und eines vom Vorstand bestellten Generalsekretärs können in der Geschäftsordnung geregelt werden.

§ 14: Rechnungsprüfer

- (1) Zwei Rechnungsprüfer werden von der Generalversammlung auf die Dauer von vier Jahren gewählt. Wiederwahl ist möglich. Die Rechnungsprüfer dürfen keinem Organ – mit Ausnahme der Generalversammlung – angehören, dessen Tätigkeit Gegenstand der Prüfung ist.
- (2) Den Rechnungsprüfern obliegt die laufende Geschäftskontrolle sowie die Prüfung der Finanzgebarung des Vereins im Hinblick auf die Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung und die statutengemäße Verwendung der Mittel. Der Vorstand hat den Rechnungsprüfern die erforderlichen Unterlagen vorzulegen und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Die Rechnungsprüfer haben dem Vorstand über das Ergebnis der Prüfung zu berichten.
- (3) Rechtsgeschäfte zwischen Rechnungsprüfern und Verein bedürfen der Genehmigung durch die Generalversammlung. Im Übrigen gelten für die Rechnungsprüfer die Bestimmungen des § 11 sinngemäß.
- (4) Bei jeder Beendigung der Funktion als Rechnungsprüfer hat die Generalversammlung einen Beschluss über deren vereinsinterne Entlastung zu fällen. Mit der Entlastung findet die rechtliche Verantwortung des ehemaligen Rechnungsprüfers vereinsintern für dessen Tätigkeit als Rechnungsprüfer sein Ende.

§ 15: Schiedsgericht

- (1) Zur Schlichtung von allen aus dem Vereinsverhältnis entstehenden Streitigkeiten ist das vereinsinterne Schiedsgericht berufen. Es ist eine "Schlichtungseinrichtung" im Sinne des Vereinsgesetzes 2002 und kein Schiedsgericht nach den §§ 577 ff ZPO.
- (2) Das Schiedsgericht setzt sich aus drei Personen aus drei verschiedenen APU Mitgliedsvereinen zusammen. Jeder der Streitparteien nominiert einen Vertreter, diese



beiden Vertreter nominieren dann gemeinsam einen Vorsitzenden. Die Mitglieder des Schiedsgerichts dürfen keinem Organ – mit Ausnahme der Generalversammlung – angehören, dessen Tätigkeit Gegenstand der Streitigkeit ist.

- (3) Das Verfahren wird mit einer schriftlichen Beschwerde einer Streitpartei an den APU Vorstand eingeleitet. Das Schiedsgericht fällt seine Entscheidung nachdem es beiden Streitparteien Gehör gewährt hat und nach Abstimmung unter allen seinen Mitgliedern mit einfacher Stimmenmehrheit. Die Entscheidung ist schnellstmöglich in jedem Fall spätestens 14 Tage nach Einleiten des Verfahrens zu fällen und den Streitparteien und der APU per E-Mail zu übermitteln.

§ 16: Datenschutz

Die Datenschutzbestimmungen sind streng einzuhalten. Jedes Mitglied gibt aber durch seinen Beitritt bis auf Widerruf die Zustimmung, dass seine personenbezogenen Daten, insbesondere Name, Geburtsdatum, E-Mailadresse, Beruf, Funktion in der APU oder in den Mitgliedsvereinen, seine für das Vereinswesen Bedeutung habende Ausbildung, seine sportlichen Erfolge und seine fachliche und organisatorische Ausbildung mittels Datenverarbeitung erfasst werden und innerhalb des Vereins, verarbeitet und weitergegeben werden, insbesondere für die Information, Führung der Buchhaltung, Zustellung von Informationsmaterial aller Art. Jedes Mitglied wird darüber nachweislich persönlich per E-Mail informiert.

§ 17: Anti-Doping-Bestimmungen

- (1) Die APU – Austrian Padel Union, sowie seine Spieler mit APU-Spielerlizenz und die APU Mitgliedsvereine mit ihren Mitgliedern samt Betreuungspersonen, unterwerfen sich den jeweils gültigen nationalen (vgl. Anti-Doping Bundesgesetzes 2021 (ADBG 2021) idgF) und den internationalen Anti-Doping-Bestimmungen und verpflichtet sich, diese einzuhalten und in ihren Reglements entsprechend aufzunehmen sowie erforderlichenfalls alle von nationalen oder internationalen Anti-Doping-Behörden geforderten Erklärungen abzugeben bzw. von ihren Mitgliedern einzufordern.
- (2) Über Verstöße gegen Anti-Doping-Regelungen entscheidet im Auftrag des Bundes-Sportfachverbandes die gemäß § 7 ADBG 2021 eingerichtete unabhängige Österreichische Anti-Doping Rechtskommission (ÖADR). Die Entscheidung der unabhängigen Österreichischen Anti-Doping Rechtskommission können bei der Unabhängigen Schiedskommission (USK) (§ 8 ADBG 2021) angefochten werden.
- (3) Im Falle der unbegründeten Nichtbefolgung einer Aufforderung der Österreichischen Anti-Doping Rechtskommission bzw. Unabhängigen Schiedskommission oder der verweigerten Mitwirkung am Anti-Doping Verfahren eines Sportlers oder einer Betreuungsperson kann die APU entsprechende Sanktionen verhängen.



§ 18: Bekenntnis zur Integrität im Sport

Spielmanipulation und Wettbetrug sind in der globalisierten Welt von heute eine ernstzunehmende Bedrohung für die Integrität und die Glaubwürdigkeit des Sports geworden. Der Verband und seine Mitglieder bekennen sich zu den sozialen, ethischen und kulturellen Werten des Sports. Der Verband und seine Mitglieder treten daher aktiv für die Integrität und Glaubwürdigkeit im Sport ein und lehnen jede Form der Manipulation von Sportbewerben strikt ab. Der Verband und seine Vertreter Mitglieder richten ihr Handeln und Auftreten nach den Grundsätzen des Sportgeists, der Glaubwürdigkeit, des Bewusstseins, der Verantwortung und der Prävention aus und fordern die genannten Grundwerte der Integrität im Sport im Sinne des Verbandszwecks auch von den Verbandsangehörigen als Verhaltensmaxime ein.

§ 19: Auflösung des Vereins

- (1) Die freiwillige Auflösung des Vereins kann nur in einer zu diesem Zweck einberufenen ordentlichen oder außerordentlichen Generalversammlung und nur mit Zweidrittelmehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen werden.
- (2) Diese Generalversammlung hat auch – sofern Vereinsvermögen vorhanden ist – über die Abwicklung zu beschließen. Insbesondere hat sie einen Abwickler zu berufen und Beschluss darüber zu fassen, wem dieser das nach Abdeckung der Passiva verbleibende Vereinsvermögen zu übertragen hat. Dieses Vermögen soll, soweit dies möglich ist, einer Organisation zufallen, die gleiche oder ähnliche gemeinnützige Zwecke wie dieser Verein verfolgt.
- (3) Bei gerichtlicher Auflösung des Vereins wird das Vermögen wie in Absatz Zwei aufgeteilt.
- (4) Der letzte Vorstand hat die freiwillige Auflösung binnen vier Wochen nach Beschlussfassung der zuständigen Vereinsbehörde schriftlich anzuzeigen.

§ 20: Geschlechtsspezifische Bezeichnungen

Alle Personenbezeichnungen, die in diesem Statut sprachlich in der weiblichen oder männlichen Form verwendet werden, gelten sinngemäß für alle Geschlechter gleichermaßen.